

HOME	POLITIK	KULTUR	GESCHICHTE	WIRTSCHAFT	ÜBER UNS
------	---------	--------	------------	------------	----------

SUCHE

EU-Erweiterung

VORWÄRTS

[Übersicht](#)

Schweiz

Tritt die Schweiz der EU bei?

Lars Haferkamp • 09. September 2014



Sollte die Schweiz der EU beitreten? Darüber diskutierten in der Schweizer Botschaft in Berlin Botschafter Tim Guldemann (l.) und Nationalrat Martin Naef (r.) mit dem "vorwärts". (Foto: Dirk Bleicker)

Die Beziehungen der Schweiz zur EU stehen vor einem Wendepunkt: Während die Bürger immer EU-skeptischer werden, fordert Nationalrat Martin Naef (SP) (r.) den EU-Beitritt. Tim Guldemann (l.), der Schweizer Botschafter in Berlin, sagt für die Berner Regierung: Wenn der bisherige Weg nicht mehr funktioniert, „sind andere Optionen zu prüfen – auch der Beitritt“.*

Herr Botschafter Guldemann (G), ist die Schweiz fremdenfeindlich?

G: Fremdenfeindlich?

Ja, diese Einschätzung gibt es in Europa. Befeuert zuletzt durch den Volksentscheid vom Februar 2014 „gegen Masseneinwanderung“, mit dem der freie Zugang von EU-Bürgern zum Schweizer Arbeitsmarkt beendet wurde.

G: Dem möchte ich die Integrationsleistung unserer Gesellschaft entgegenhalten. Ein Ausländeranteil von – mit den Grenzgängern – über 27 Prozent bedeutet in städtischen Ballungsgebieten, dass die Schweizer in der Minderheit sind. Und dennoch sind die Ausländer gut integriert. Wir haben keine Ghetto-Probleme wie in europäischen Grossstädten. Aber die Zuwanderung schafft Ängste wegen der Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und ein Gefühl von Heimatverlust. Hier liegen die Gründe für den knappen Erfolg der Initiative.

Wie europäisch ist es, den Schweizer Arbeitsmarkt für EU-Bürger zu reglementieren?

G: Europa ist nicht gleichzusetzen mit der EU. Europa ist eine Wertegemeinschaft und ich behaupte, die Schweiz trägt diese gemeinsamen europäischen Werte genauso mit wie alle anderen Staaten in Europa.

Weisen Sie also auch den Vorwurf aus Europa zurück, die Schweiz picke sich aus der EU die Rosinen heraus und verweigere europäische Solidarität?

G: Wir sind über bilaterale Verträge am europäischen Binnenmarkt angedockt. Und Verträge sind immer Ausdruck ausgeglichener Interessen. Sonst würden sie von der anderen Seite nicht unterzeichnet. Man soll jetzt nicht kommen und sagen, ihr Schweizer seid unsolidarisch, weil ihr euch nur bilateral am Binnenmarkt beteiligt. Das Problem liegt nicht in diesen Verträgen, sondern darin, dass der neue Verfassungsartikel und darin der Anspruch, über die Zuwanderung national zu entscheiden und sie zu beschränken, im Widerspruch mit der Personenfreizügigkeit stehen. Darüber wollen und müssen wir mit Brüssel verhandeln.

Herr Nationalrat Naef (N), welche Auswirkungen hatte der Volksentscheid „gegen Masseneinwanderung“ aus Ihrer Sicht?

N: Er war ohne Frage eine Zäsur in unseren Beziehungen zur EU. Die Personenfreizügigkeit ist eine große Errungenschaft, nicht nur der EU, sondern auch der Schweiz. Nun herrscht in der Schweiz eine große Ratlosigkeit. Ich bin nicht überrascht, dass die EU sehr irritiert ist. Auch Brüssel weiß nicht, wie es weitergehen soll.

Herr Guldemann, wie groß ist denn die Irritation der EU über die Schweiz?

DER AUTOR

**Lars Haferkamp**

Lars Haferkamp ist Leitender Redakteur beim vorwärts.

ECHTZEIT

Politik

Tweets aus einer Liste von vorwärts Verlag



ZDF heute @ZDFheute 5m
Kabinett billigt Gesetzesentwurf: Besitz von Kinderpornografie soll härter bestraft werden. Interview mit @HeikoMaas heute.de/kinderpornogra...

Retweetet von BMJV

Öffnen



IG Metall @IGMetall 4m
Ab Oktober werden die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) neu gewählt. Was macht so eine JAV überhaupt? bit.ly/1oUTzYX



ver.di @verdi 7m
Nächstes Mal ;) RT" @thomasmatzka: Bin zu nem Empfang bei @_verdi eingeladen und kann nicht hingehen. Schichtplan verhindert dass. Schade."
Öffnen



Nico Lumma @Nico 9m
Der Transformer: Mittelstand, digitalisiere dich! bit.ly/XAOOWB - jetzt lesen!
Öffnen



Amnesty Deutschland @amnesty_de 10m
DAS haben wir gesagt? :) RT

FACEBOOK



vorwärts

Gefällt mir

8.993 Personen gefällt vorwärts.



Soziales Plug-in von Facebook

AVOCADOSTORE

G: Die Reaktion in Berlin war: Das widerspricht einem Grundprinzip des Binnenmarktes, an dem ihr Schweizer euch über bilaterale Verträge beteiligt. Wenn ihr dieses Prinzip nicht respektiert, habt ihr ein Problem. Aber ihr habt ja Zeit bis zum 9. Februar 2017. Und wir wollen euch nicht voraussetzend bestrafen, aber wir erwarten, dass ihr eine Lösung findet. Wir sind gerne bereit, euch zu helfen, aber die Lösung müsst ihr selbst finden.

Herr Naef, wie könnte eine Lösung aussehen?

N: Ich glaube, was allenfalls denkbar sein könnte ist, dass man über die konkrete Ausgestaltung der Personenfreizügigkeit spricht. Verhandelbar ist diese Grundfreiheit nicht. Die Schweizer täuschen sich über die Bedeutung und das Wesen dieser Grundfreiheit in der Europäischen Union. Sie unterschätzen den starken Grundkonsens in der EU an diesem Prinzip festzuhalten.

Herr Guldemann, aus Brüssel heißt es: „Wir geben nicht die wichtigste Errungenschaft der europäischen Einigung, die Personenfreizügigkeit, wegen einer Abstimmung in einem Nicht-EU-Land auf.“ Können Sie das verstehen?

G: Natürlich, eine Lösung ist nur möglich, wenn wir die Haltung der anderen Seite auch verstehen. Dazu kommt, dass sich diese ja nicht einfach gegen uns richtet. Vielmehr will man in Deutschland die Frage der Personenfreizügigkeit nicht innenpolitisch zum Thema machen. Gleichzeitig fürchtet man Schweizer „Extrawürste“, weil dann auch andere, zum Beispiel die Engländer, Extrawürste in der EU fordern. Das macht die Sache so schwierig.

Welche Rolle spielen denn die Auseinandersetzungen um den Bankenplatz Schweiz in den bilateralen Beziehungen zwischen Bern und Brüssel?

N: Wir haben das Problem weitgehend gelöst, der Bankenplatz Schweiz ist heute „sauber“ und keine „Steuroase“ mehr, wie er das vielleicht bis vor wenigen Jahren noch war. Wir haben das schon vor 30 Jahren gesagt als Sozialdemokratie. Wir haben sogar vor Reputationsschäden für die Schweiz insgesamt oder für den Finanzplatz, der als sauberer Finanzplatz für die Schweiz wichtig ist, gewarnt. Man mochte uns damals nicht hören.

Herr Naef, Sie sind nicht nur Nationalrat, sondern auch Präsident der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs). Diese überparteiliche Organisation setzt sich für einen vollständigen EU-Beitritt der Schweiz ein. Wäre der denn überhaupt mehrheitsfähig?

N: Ich wäre nicht Sozialdemokrat oder überhaupt nicht Politiker, wenn ich mich ausschließlich für Dinge einsetzen würde, die bereits mehrheitsfähig sind. Jetzt geht es um ein Ende dieses bilateralen Weges. Da stürzt vielleicht etwas zusammen. Das wäre gefährlich. Deshalb muss man auch über die Option eines Beitrittes diskutieren. Dass das morgen nicht mehrheitsfähig ist, ist mir völlig klar, aber vielleicht übermorgen oder überübermorgen.

G: Heute wollen drei Viertel der Schweizer die Fortsetzung des Bilateralismus. Deshalb ist es jetzt unsere erste Aufgabe, diesen Weg fortzuführen.

Warum wollen Sie diesen Weg nicht weitergehen, Herr Naef?

N: Weil er dauerhaft nicht funktioniert. Und weil er uns eine Souveränität vorgaukelt, die wir nicht mehr haben. So beinhaltet der Bilateralismus den „autonomen Nachvollzug“. Das ist ein Unwort. Es bedeutet: Wir müssen das EU-Recht in Schweizer Gesetze umsetzen, eins zu eins. Das ist eigentlich eines Landes, das dauernd seine Souveränität betont, nicht würdig. Souverän ist, wer Einfluss nehmen kann, zumindest auf Entscheidungen, die ihn betreffen. Das können wir aber nur, wenn wir Mitglieder der EU sind. Nur dann werden wir gefragt, nur dann können wir mitentscheiden.

Ist das auch die offizielle Position der Regierung in Bern?

G: Die Regierung setzt auf den Bilateralismus. Wenn er aber nicht mehr funktioniert, und das hat die schweizerische Regierung auch gesagt, dann sind andere Optionen zu prüfen, dann auch – so sagt es explizit der Bundesrat – der Beitritt.

N: Die offizielle Position der Schweiz ist immer noch das gestellte Beitritts-gesuch von 1992. Der Bundesrat, also unsere Regierung, hat noch Mitte 2000 bestätigt: Das ist das strategische Ziel der Schweiz. Das Parlament hat sich mehrfach geweigert, dieses Gesuch zurückzuziehen. Das heißt, der EU-Beitritt ist nicht vom Tisch, er ist auf der Tagesordnung.

* Martin Naef (N) ist als Nationalrat Mitglied des Schweizer Parlamentes für die SP, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz

WO SIE DEN VORWÄRTS KAUFEN KÖNNEN

vorwärts

THE ZEITUNG DER
DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE
BREMEN 1879

[F Empfehlen](#)
[Tweet](#)
[+1](#)

Artikel bewerten

[Diskutieren](#)
[Empfehlen](#)
[Abonnieren](#)
[Drucken](#)

Sie müssen ein vorwaerts.de Benutzerkonto haben, um eigene Kommentare zum Beitrag zu verfassen.

[Gleich anmelden](#) oder [einloggen](#)

Willy Brandt

Er achtete seine Partei
Vor 50 Jahren: Willy Brandt wird SPD-Chef

Willy Brandts Reformengagement für die Gleichstellung
Damit die Schnecke Fortschritt das Kriechen nicht verlernt

100. Geburtstag Willy Brandt
Das Vermächtnis des Jahrhundert-Giganten

Kranzniederlegung zum 100. Geburtstag Willy Brandts
Die Jahrhundertfigur

Filmtipp

Pingpong mit Assad
Filmtipp "Everyday Rebellion"

Mr. May und das Flüstern der Ewigkeit
Der graue Engel

Filmtipp: Wolfskinder
Auf der Flucht mit Kinderagen

Filmtipp: Göttliche Lage
Neue Ufer im Revier

Partei

Erster Todestag
Der politische Autor Erich Loest

Vor 20 Jahren
Jutta Limbach wird erste Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts

Johanna Uekermann:
Interview zu Generation Y
„Wir haben das alles verdient“

Internationales Festival der Sozialistischen Jugend
Ché Guevara Dome statt Iron Dome

Audio: Gelebte Politik

Gelebte Politik - Walter Momper
Das Gesicht der Stadt

Gelebte Politik - Hans Eichel
"Ich bin und bleibe ein Linker"

Renate Schmidt
"Ich hatte den besseren Teil"

Gelebte Politik
Stephan Hilsberg: "Zu erleben, dass Leute plötzlich aufstehen."

Buchtipps

Rezension
Vergessener Widerstand

Rezension "Mission Freiheit"
Zynischer Menschenhandel

Rezension "Die neuen Staatsfeinde"
Deutsche Gerichte gefährden den Rechtsstaat

Rezension: Marlene Streeruwitz: "Nachkommen"
Kunst statt Kanapees

Europa

Schweiz
Tritt die Schweiz der EU bei?

Europäische Union
Schulz fordert gemeinsame Außenpolitik der EU

Europa
Rücktritt der Regierung rüttelt Frankreich auf

Freihandelsabkommen
Campact: TTIP gefährdet die Demokratie

Inland

Kommentar zur Wahlbeteiligung von Uwe-Karsten Heye
Stärkste Kraft – der Nichtwähler

Asylpolitik
Flüchtlinge, ja bitte!

Dulig in Sachsen
Wahlkämpfer mit eigenem Küchentisch

Gesetzesentwurf zur Armutsmigration
Die Armut soll nicht weiter wandern

Ausland

Waffenlieferungen in den Irak
Waffen an Kurden: Vor 20 Jahren undenkbar, heute möglich

Die Lage in der Ukraine
Ständige Präsenz in Osteuropa?

Frankreich
Buhrufe und stehende Ovationen

Irak-Krise
Bundestag debattiert Waffenlieferung an Kurden

Wirtschaft

Freihandelsabkommen
Campact: TTIP gefährdet die Demokratie

Freihandelsabkommen
Gabriel: Wir müssen TTIP entmystifizieren

Rüstungsexportpolitik
Gabriel: Keine Waffen an Russland

EZB-Zinssenkung
Verkürzte Debatte

150 Jahre SPD

150. Todestag
Lassalle wollte ein freies Leben – für alle

Fritz Erler
Der Reformier

Bestellformular
vorwärts Extra: 150 Jahre Sozialdemokratie

SPD-Fest in Leipzig
150 Jahre SPD: Politik, Pop und Party

INHALTSVERZEICHNIS	IMPRESSUM	DATENSCHUTZ	MEDIADATEN	ANZEIGEN SCHALTEN	AGB	KONTAKT AUFNEHMEN
HOME	POLITIK		KULTUR		GESCHICHTE	WIRTSCHAFT
	Ausland				Willy Brandt	ÜBER UNS
	Europa				150 Jahre SPD	SUCHE
	Inland				gelebte politik	
	Parteileben					